

SPD demokratischer pressediens

P. XXV, 204

28. Oktober 1970

Reformationsfest - unpopulär

Ein notwendiges Wort zum 31. Oktober 1970

Von Klaus Lohmann
Pfarrer in der Johannes-Kirchengemeinde in
Bonn-Bad Godesberg

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Sparen ist auch heute lohnend

Eine Fakten-Auseinandersetzung mit der CDU/CSU

Von Philip Rosenthal SPD-MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
wirtschaftsministerium

Seite 3 und 4 / 99 Zeilen

Länderneugliederung: ein aktuelles Problem

Bedürfnisse der Bevölkerung müssen im
Mittelpunkt stehen

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 / 46 Zeilen

Wir brauchen mehr Lehrer!

Eine Voraussetzung zur Durchsetzung von
Schulreformen

Von Karl-Heinz Hansen SPD-MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Seite 6 und 7 / 65 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausdillen 2-10
Postfach: 9153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37-38
Telefax: 886 648/886 647/
886 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Reformationsfest - unpopulär

Ein notwendiges Wort zum 31. Oktober 1970

Von Klaus Lohmann

Pfarrer in der Johannes-Kirchengemeinde in Bonn-Bad Godesberg

Man mag das Wort kaum noch in den Mund nehmen: Reformationsfest. Das hat seine Gründe. Einmal lieben wir es im Zeitalter der katholisch-evangelischen Annäherung nicht besonders, auf den Ausgangspunkt der Kirchentrennung hingewiesen zu werden; und das ist nun einmal die Reformation. Aber der eigentliche Grund für das spürbare Unbehagen an diesem Fest sitzt wesentlich tiefer. Die Entdeckung der Reformation, die Entdeckung des Mönches und Theologen Martin Luther war das "Allein aus Gnaden". Dieses "Allein aus Gnaden", das seine Ergänzung in "Allein Christus" und "Allein die Heilige Schrift" fand, war in eindeutiger Frontstellung gegen die Römische Kirche gemeint. Also gegen Marienverehrung, Heiligen-Anrufung, Werkgerechtigkeit. Aber eben zu diesem protestantischen "Allein" haben evangelische Christen, wenn überhaupt, nur noch ein gebrochenes Verhältnis.

Gewiß ist damit, was die Reformation neu aus Licht gebracht hat, nicht einfach überholt oder unwichtig. Es ist nach wie vor Mittelpunkt, Schwerpunkt, Bezugspunkt aller am Evangelium orientierten Verkündigung.

Aber unsere Zeit, genauer: evangelische Theologie unserer Zeit, hat wieder etwas anderes entdeckt. Und zwar zunächst im negativen Sinn: daß nämlich dieses reformatorische "Allein" die Gefahr einer Verengung der Botschaft in sich trägt. Jahrhunderte lang ist das Evangelium verengt worden im Sinn einer ausschließlich auf den Einzelnen gerichteten Frömmigkeit. Wer unser Gesangbuch aufschlägt, kann die Bestätigung für diese Behauptung unschwer finden - in einem Großteil unserer Lieder, die das "Ich" weit über das "Wir" stellen; ganz zu schweigen vom fast durchgängig fehlenden positiven Bezug auf die Welt. Das war gewiß nicht im Sinn der Reformatoren. Aber es war weitaus die praktische Auswirkung einer sich "reformatorisch" gebenden Verkündigung.

Was die Kirche unserer Zeit in ihrem Nachdenken über die Bedeutung des Evangeliums heute neu erkannt hat, ist das Gefälle der Biblischen Botschaft zur Welt. Das Evangelium wendet sich an alle. Die Liebe Gottes, die doch das Angebot im Evangelium ist, ist nicht nur für ein paar Erwählte bestimmt, sondern meint jeden: "Gott läßt seine Sonne aufgehen über die Bösen und über die Guten, und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte" - dieses Jesus-Wort aus der Bergpredigt meint das unbegrenzte Angebot der Liebe Gottes, weit über die Grenzen der glaubenden Gemeinde hinaus.

Der Akzent im Verständnis und im Weitersagen des Evange-

liums hat sich also verlagert: vom Ich zum Wir, vom Einzelnen zur Gemeinschaft, von der Exklusivität der Glaubenden zur Offenheit für die Welt. Wer aus diesen Sätzen heraushören wollte, es sei also "egal", ob einer glaubt oder nicht glaubt, der hätte erheblich falsch gehört. Der Glaubende weiß von Gottes menschen-suchender Liebe und er nimmt sie in sein Leben hinein; der Nicht-glaubende weiß nichts davon. Aber daß Gottes Liebe nicht halt macht an den Grenzen der Gemeinde, das sollte uns deutlich geworden sein!

Liebe Gottes als Angebot an die Welt: wenn das eine Sache bloßer Worte wäre, sollten wir lieber schweigen. Die Illustration dieser Liebe ist uns gegeben im Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Gottes Liebe ist Erbarmen mit dem, der unter die Räuber gefallen ist - und "unter die Räuber gefallen" sind mehr Menschen, als wir auf den ersten Blick sehen. Nicht nur die unter dem Joch politischer Diktaturen, etwa in Lateinamerika, Seufzenden, sondern alle die an harten Leistungsprinzip einer Wohlstandsgesellschaft Geschiterten. Gottes Liebe braucht Menschen, die Augen haben, um das Elend hinter der Fassade zu sehen. Sie braucht Menschenhände, die sich nicht scheuen, zuzupacken. Sie braucht Menschenhirne, die intensiv nachdenken über das Notwendige. Sie braucht Geld, unser Geld, um Menschenleben vor dem Sterben zu retten. Sie hat Mut, das Nötige zu sagen und zu tun - auch wenn das riskant ist.

Man spricht heute gern von "Engagement" der Kirche, der Caristen. Das mag ein Schlagwort geworden sein. Aber das ändert nichts daran, daß Christen für ihre Welt verantwortlich sind. Wenn Menschen sich in ihrer Arbeit, in ihrem Beruf ihren Mitmenschen verpflichtet wissen, dann ist das ein Stück verwirklichtes Evangelium. Das gilt nicht etwa nur für die Krankenschwestern, Ärzte, Lehrer - das gilt genauso für den Politiker, den Arbeiter, den Techniker, den Juristen, sofern er sein Tun im Rahmen der Verantwortung für das Ganze versteht.

Was hier gesagt wird, ist gewiß erst von einem verhältnismäßig kleinen Teil der Christen erkannt worden. Aber daß es überhaupt eine Entwicklung in diese Richtung gibt: Evangelium als Angebot an die Welt, das ist verheißungsvoll. Wenn sich in unseren Gemeinden die Erkenntnis durchsetzt, was gewiß noch viel Zeit braucht, dann wird auch der nächste und notwendige Schritt getan werden: Umdenken und Handeln auf grundlegende Veränderungen hin. Was wir heute tun, was wir auch als Christen immer noch tun, ist weithin ein Herum-flicken an Symptomen. Die eigentlichen Schäden, die tiefen Ursachen für die Krankheit unserer Gesellschaft, werden nicht behoben durch diese oder jene gutgemeinten und nötigen Aktionen. Wie man den Hunger in der Welt auf die Dauer nicht beseitigt durch einige Millionen Mark für "Brot für die Welt", so wird man auch hierzulande, ganz zu schweigen von den Zuständen in anderen Ländern und Kontinenten, die auf der Hand liegenden Schäden nicht beheben durch gutgemeinte Einzelaktionen, sondern durch rücksichtsloses Aufzeigen und energisches Bekämpfen der Krankheits-Ursachen.

Reformationsfest? Wir sind ohnehin schon bescheiden geworden, was das "Feiern" dieses "Festes" angeht. Angemessen wäre es, wir fragten aus Anlaß des 31. Oktobers neu: Was sagt das Evangelium für uns heute? Das könnte uns aus Resignation und Kleinglauben herausführen.

Sparen ist auch heute lohnend

Eine Fakten-Auseinandersetzung mit der CDU/CSU

Von Philip Rosenthal SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

15 Milliarden DM hätten die deutschen Sparer in einem Jahr verloren, hatte der Generalsekretär der CDU Dr. Heck gesagt, und die Boulevardpresse hatte es mit Balkenüberschriften nachgedruckt.

Hatte Dr. Heck gehofft, daß seine Rechenoperationen weniger aufgeklärte Hörer und Leser schockieren und in ihrer Sparbereitschaft lähmen würden? Ob es sich um bewußte oder unbewußte Unruhestiftung handelt, sei dahingestellt. Jedenfalls sollte das Recht der Opposition zur Kritik an der Regierung nicht in einer Weise ausgeübt werden, die den parteitaktischen Vorteil sucht, selbst wenn das Ganze Schaden leidet.

Wie steht es nun mit dem Wahrheitsgehalt dieser Aussage? Die Berechnungsmethode des CDU-Politikers Dr. Heck ist in mehrfacher Hinsicht irreführend. Er hat es nicht nur unterlassen, Bilanz zu ziehen. Die Erträge aus den Ersparnissen werden mit keinem Wort erwähnt. Er hat auch versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob der Sparer unter den Regierungen seiner Partei in besserer Obhut gewesen sei. Das trifft einfach nicht zu.

Zunächst muß die einseitige Rechnung für das Jahr 1970 vervollständigt werden. Einbußen und Erträge müssen bilanziert werden. Das Vermögen von Privatpersonen in Form von Spareinlagen, Bauspareinlagen, Lebensversicherungen, festverzinslichen Wertpapieren und Aktien wird von der Deutschen Bundesbank auf 377 Milliarden DM Ende 1969 geschätzt. Dieses Vermögen wird einen Ertrag von 24 Milliarden DM in Form von Zinsen, Dividenden und Sparprämien erbringen. Der Vermögenszuwachs dürfte nach Abzug des von Dr. Heck errechneten Entwertungsverlustes 1970 mehr als neun Milliarden DM ertragen. Dazu kommen noch nicht quantifizierbare Erträge aus Steuerersparnissen, nach den Vermögensbildungsgesetzen sowie für Bauspar- und Lebensversicherungsbeiträge. Soviel zur "Methode Heck" und zum Aspekt Bilanzverschleierung.

Mun einige aufschlußreiche Vergleiche zur Situation des Sparerers unter der jetzigen und unter früheren Regierungen. Vorausgeschickt sei, daß die Ersparnisse der privaten Personen in langfristigen Geldanlagen, die Ende 1966 bei ungefähr 210 Milliarden DM lagen, bis Ende 1969 schätzungsweise um rd. 100 Milliarden DM oder um nahezu 50 vH. gestiegen sind. Dabei sind die Aktien ausgenommen, die ja bekanntlich Sachwerte repräsentieren. Es gäbe ein völlig falsches Bild, wollte man auf dieser unterschiedlichen Basis Zahlenbeispiele nach der "Methode Heck" nebeneinanderstellen. Wir müssen Vergleichbares vergleichen. Betrachten wir die Komponente Preisanstieg.

Die bisher höchste Preissteigerungsrate gab es unter der Regierung Erhard, nämlich 4,5 vH. im April 1966 (gemessen am Lebenshaltungskostenindex für den Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen). Legt man längere Zeiträume zugrunde, so sind - seitdem ein SPD-Minister die Verantwortung für die Wirt-

schaftspolitik trägt - die Preissteigerungen sogar geringer als in früheren Perioden. So ist z.B. der obengenannte Index in dem Dreijahreszeitraum zwischen 1968 bis 1970 um 8,2 vH., in dem Dreijahresraum von 1965 bis 1967 dagegen um 8,5 vH. und in dem Dreijahreszeitraum 1962 bis 1964 um 8,6 vH. gestiegen. Man muß schon mit der Vergeßlichkeit der Bevölkerung rechnen, wenn man den Kaufkraftschwund als eine Erscheinung der allerjüngsten Zeit darstellt. Besonders bemerkenswert ist, daß die Bundesrepublik, die 1966 in der EWG die höchste Preissteigerung hatte, seitdem deutlich hinter dem internationalen Preistrend zurückgeblieben ist.

Nun zur Ertragsseite. Der Zinsanstieg, der auch in der Vergangenheit den Kaufkraftschwund regelmäßig übertroffen hat, liegt heute bei allen Sparformen erheblich höher. Vor allem der kleine Sparer kommt seit der von Bundesminister Prof. Schiller durchgesetzten Zinsliberalisierung nunmehr in den Genuß des Marktzinses. Bei der Ertragsrechnung ist ferner zu beachten, daß die Masse dieser Sparer die Zinserträge nicht zu versteuern braucht und zusätzliche staatliche Sparprämien erhalten kann.

Ein treffender Vergleich mit früheren Jahren läßt sich auch ziehen, wenn man z.B. die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, deren Zinsertrag an der unteren Grenze liegt, betrachtet. In den Jahren 1969/70 und 1965/66, die im Ablauf des Konjunkturzyklus annähernd der gleichen Phase entsprechen, wenn auch die Lage heute günstigere Zukunftsperspektiven zuläßt, ergibt sich in diesem Bereich ein realer Netto-Vermögenszuwachs von rd. drei Milliarden DM unter der Wirtschaftspolitik der SPD, während in der Phase, die in die Regierungszeit der CDU fällt, ein Zuwachs von etwa einer halben Milliarde DM verblieb. Die CDU wäre gut beraten, die Gefahren der Geldentwertung als gemeinsame Angelegenheit und nicht unter parteitaktischen Gesichtspunkten zu behandeln.

Es liegt dieser Darstellung fern, den derzeitigen Preisanstieg zu verharmlosen. Nach wie vor gehört die Erhaltung der Geldwertstabilität zu den vorrangigen Zielen der Bundesregierung. Der Katalog der ergriffenen stabilitätspolitischen Maßnahmen ist dafür ein Beweis. Bei aller Anerkennung der Geldwertstabilität kann es allerdings die Bundesregierung nicht zulassen, daß die Konjunktur übersteuert würde und wie nach 1966 in einer Rezession mündete. Eine Rezession liegt auch niemals im Interesse der Sparer.

Fassen wir zusammen: Sparen ist kein Verlustgeschäft, wie der CDU-Generalsekretär Dr. Heck mit seiner Milchmädchenrechnung glauben machen wollte. Zum Sparen gehört der Zinsertrag, er kann nicht unterschlagen werden, wenn eine seriöse Rechnung aufgestellt werden soll. Der Zinsertrag übersteigt die Einbußen infolge der Preisentwicklung. Das trifft für die beiden letzten Jahre in besonderem Maße zu. Sparen bedeutet - auch real gesehen - Vermögenszuwachs. Sparen ist also im Ganzen gesehen heute durchaus lohnend. Daß die Sparer genau so denken, zeigt ihre anhaltend hohe Sparleistung; daß sie zinsbewußter geworden sind, zeigt ihre Hinwendung zu höher verzinslichen Sparformen. Der Sparer hat nicht nur besser abgeschnitten als Dr. Heck mit seinem simplen Propagandatrickschiff vorgerechnet hat, er hat auch besser abgeschnitten als in vergleichbaren Phasen der Regierungszeit seiner Partei. Schütze Heck schon ein Eigentor.

Länderneugliederung: ein aktuelles Problem

Bedürfnisse der Bevölkerung müssen im Mittelpunkt stehen

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Die Neugliederung der Bundesländer gemäß Art. 29 des Grundgesetzes ist seit einiger Zeit wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Einige Vorschläge sind bereits zur Diskussion gestellt worden. Sie reichen von dem weitgehenden Plan einer Gliederung des Bundesgebietes in fünf Länder bis zu Überlegungen, angesichts der erheblichen Schwierigkeiten jeglicher Neugliederung und um der Erhaltung der in zwei Jahrzehnten gewachsenen föderalistischen Länder-Vielfalt am besten doch ganz auf eine Neugliederung zu verzichten.

In jüngster Zeit haben die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen verschiedentlich über Fragen der Neugliederung beraten, so zuletzt, zur Abklärung der unterschiedlichen Standpunkte in einer Bund-Länder-Konferenz der SPD-Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen. Dort wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung zur Frage der Länderneugliederung inzwischen eine Sachverständigen-Kommission eingesetzt hat, die voraussichtlich im Jahre 1972 ihre Arbeiten abschließen wird. Es wurde auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, daß diese Kommission ihre Arbeit mit der vor kurzem eingesetzten Verfassungs-Enquête-Kommission, die sich mit der Frage der Reform der bundesstaatlichen Struktur befassen wird, koordinieren sollte.

Die Münchner Konferenz erörterte keine zusätzlichen Neugliederungspläne. Man war und ist sich vielmehr darüber einig, daß zuerst geeignete Kriterien für eine Neugliederung gefunden werden müssen, wobei strukturpolitische und sozioökonomische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen sollten. In dieser Haltung sieht man sich durch Art. 29 des Grundgesetzes bestätigt, wonach eine Neugliederung des Bundesgebietes u.a. auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges vorzunehmen ist. Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen sollten die Bedürfnisse der Bevölkerung nach optimaler Befriedigung der ökonomischen und bildungspolitischen Erfordernisse stehen. Darüber hinaus sollten aber auch andere für die individuelle Lebensgestaltung wichtige Fragen wie die des Erholungsraumes und der Freizeitgestaltung in die Überlegungen einbezogen werden. Erst auf der Grundlage solcher, den Zusammenhang vielfältiger Faktoren in seinen Auswirkungen auf das menschliche Leben berücksichtigenden Kriterien, sollte die Frage neuer Grenzziehungen entschieden werden.

Das Gespräch über dieses und andere Themen, wie z.B. über die Vereinheitlichung des Dienstrechts, die Besoldungsregelung, die Verwaltungsreform in den Ländern usw. soll auf der nächsten Bund-Länder-Konferenz im Dezember 1970 in Berlin fortgesetzt werden. Diese Konferenzen haben sich bisher als eine gute Kommunikationsbasis und als ein nützliches Koordinierungsinstrument zwischen den sozialdemokratischen Bundes- und Landtagsfraktionen erwiesen und werden als ständige Einrichtung beibehalten.

Wir brauchen mehr Lehrer!

Eine Voraussetzung zur Durchsetzung von Schulreformen

Von Karl-Heinz Hansen SPD-MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft

Die Absichten und Ziele der Bundesregierung zur Vereinheitlichung im Bildungswesen und zur Schaffung eines sozialen Bildungssystems werden in ihrem Bildungsbereich verdeutlicht, der im Bundestag diskutiert worden ist. Bildung als Bürgerrecht für jeden soll endlich in die Tat umgesetzt werden. Die Bundesregierung entspricht damit dem Bedürfnis und den Interessen aller Bürger, besonders aber den Forderungen von Millionen Eltern, Schülern, Lehrern und Professoren.

Auch die Opposition beginnt anscheinend, die Zeichen der Zeit zu verstehen; sie kann die Notwendigkeit von strukturellen und inhaltlichen Reformen nicht bestreiten. Sie bietet sogar "eine stufenweise Zusammenarbeit" bei der Verwirklichung der Zielsetzungen der Bundesregierung an. Sie weiß, daß auch sie die Forderung nach Chancengleichheit für alle nicht achtlos beiseite schieben kann.

Aber auch heute, im Jahr 1970, ist die CDU/CSU noch nicht so weit, an der Verwirklichung dringend notwendiger Reformen aktiv mitzuarbeiten. Ihre Hauptsprecher verlangen einerseits, daß man erst noch weitere Bildungsinhalte erforschen solle, ehe man die integrierte und differenzierte Gesamtschule und die Gesamthochschule einführt. Andererseits fordern sie die Regierung zum sofortigen Handeln auf. Hier spiegelt sich die gleiche Zwiespältigkeit und Widersprüchlichkeit wieder, wie sie bei der Opposition auch bei der Haushalts-Debatte zum Vorschein gekommen ist. Sie kann den klaren Zielvorstellungen der Bundesregierung kein eigenes Konzept entgegenstellen, und sie hat zu ihrer Zeit einen ähnlichen Versuch nie unternommen.

Bezeichnenderweise tritt auch die CDU heute für die Vorschul-erziehung ein. Hier muß man genauer hinschauen. Dahinter steckt die Auffassung, man brauche nur in der Vorschul-erziehung und den ersten Schuljahren die Ungleichheit der Chancen aufzuheben, um

dann das überholte dreiegliederte ständische System unseres Schulwesens beibehalten zu können. Bestenfalls will man an einigen Unzulänglichkeiten des schlechten Bestehenden herumbasteln. Es zeigt sich, daß die CDU über das Konzept einer "gegliederten Leistungsschule" immer noch nicht hinaus gelangt ist.

Statt dessen fordert die Opposition in einem Antrag Auskunft über Berechnungen zum Defizit an Lehrern und über mögliche Maßnahmen zur Überwindung des Lehrermangels. Die Behebung des Lehrermangels ist in der Tat eine der vorzüglichsten Aufgaben. Ohne eine ausreichende Zahl von besser ausgebildeten Lehrern sind die notwendigen Reformen nicht zu leisten, müssen alle Innovationen Stückwerk bleiben. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Bildungsbericht der Bundesregierung. Allerdings haben die CDU-regierten Länder in der Vergangenheit wenig dazu getan, die statistischen Voraussetzungen für eine kalkulierte Vorausschau auf den zukünftigen Lehrerberuf zu schaffen. Im Gegenteil: Man versucht noch heute durch pädagogisch nicht zu verantwortende Schüler-Lehrer-Relationen den Mangel zu manipulieren, ihn auf dem Papier zu beseitigen. Die überfüllten Klassen und der Ausfall von Unterrichtsstunden, von denen Eltern, Lehrer und Schüler ein Lied singen können, aber bleiben. So hat das CSU-regierte Land Bayern z.B. die Klassenstärken gebietsweise bis auf 50 Schüler festgesetzt.

Für die Behebung des Lehrermangels wie für die Beseitigung des numerus clausus an den Hochschulen gilt, daß die vorgelegte Regierungs-Konzeption des Bildungsberichts ein Angebot an die Länder ist. Anträge wie die der CDU/CSU zum Lehrermangel sind nur dann hilfreich, wenn auch die CDU- oder CSU-regierten Länder endlich unverfälschte Zahlen auf den Tisch legen. Es liegt bei ihnen, die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung nicht nur als Gesprächsforum zu betrachten, sondern zu einem Arbeitsgremium zu machen, das zügig und zielstrebig die bildungspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung in konkrete Maßnahmen umsetzt. Eine solche Maßnahme müßte ein Sofortprogramm zur Linderung des Lehrermangels in der Bundesrepublik sein. Die Bund-Länder-Kommission ist die letzte Chance des Föderalismus.